

Antragsteller(in)

Name Vorname(n)

Adresse:

Straße, Hausnummer Postleitzahl, Ort

Telefon tagsüber

Verfahrensbevollmächtigte(r)

**An das Amtsgericht Traunstein
- Insolvenzgericht -**

Geschäftsnummer (falls vorhanden):

Eigenantrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens

<p>Eröffnungsantrag natürliche Person</p>	<p><input type="checkbox"/> Ich stelle den Antrag über mein persönliches Vermögen das Insolvenzverfahren zu eröffnen. Nach meinen Vermögens- und Einkommensverhältnissen bin ich nicht in der Lage, meine bestehenden Zahlungspflichten, die bereits fällig sind oder in absehbarer Zeit fällig werden, zu erfüllen.</p> <p><input type="checkbox"/> Ich bin derzeit selbständig wirtschaftlich tätig. <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja und zwar _____ derzeitige selbständige Tätigkeit</p> <p><input type="checkbox"/> Ich war früher selbständig wirtschaftlich tätig. <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja und zwar _____ frühere selbständige Tätigkeit</p> <p>Hieraus habe ich mehr als 19 Gläubiger <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein Verbindlichkeiten aus Arbeitsverhältnissen <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein</p>
<p>Eröffnungsantrag juristische Person</p>	<p><input type="checkbox"/> Ich/Wir beantrage(n) in der Eigenschaft als</p> <p>_____ (bitte Funktion angeben z. B. Geschäftsführer, Vorstand, persönlich haftender Gesellschafter, Liquidator, Abwickler)</p> <p>das Insolvenzverfahren zu eröffnen über das Vermögen des/der</p> <p>_____</p> <p>_____</p> <p>_____</p> <p>_____</p> <p>_____</p> <p>_____</p> <p>(genaue Bezeichnung, ggf. mit Rechtsform, Anschrift, Register(nummer), zuständigem Registergericht, Tel.Nr. und Fax-Nr., ggf. Geschäftszweig)</p>

	<p>Es besteht der Eröffnungsgrund der</p> <p><input type="checkbox"/> Zahlungsunfähigkeit <input type="checkbox"/> drohenden Zahlungsunfähigkeit</p> <p><input type="checkbox"/> Überschuldung <input type="checkbox"/> Zahlungseinstellung erfolgte am</p> <p style="text-align: center;">_____</p> <p>Der Eröffnungsgrund wird wie folgt glaubhaft gemacht: (Nur auszufüllen, falls der Antrag nicht von allen Mitgliedern des Vertretungsorgans, allen persönlich haftenden Gesellschaftern, allen Liquidatoren oder Abwicklern gestellt wird.)</p> <p>_____</p> <p>_____</p>
--	--

Restschuldbefreiungsantrag (nur bei natürlicher Person)	<input type="checkbox"/> Ich stelle den Antrag auf Restschuldbefreiung (§ 287 InsO) (nachfolgenden Abschnitt bitte ausfüllen)	<input type="checkbox"/> Ich stelle keinen Antrag auf Restschuldbefreiung (nachfolgenden Abschnitt nicht ausfüllen)
---	--	---

	<p>Ich erkläre,</p> <p>a) dass ich einen Antrag auf Restschuldbefreiung</p> <p><input type="checkbox"/> bisher nicht gestellt habe, (b), c) sind nicht auszufüllen)</p> <p><input type="checkbox"/> bereits gestellt habe am</p> <p style="text-align: center;">_____</p> <p style="text-align: center;">(Datum, Az., Gericht – b) ist auszufüllen)</p> <p>b) dass mir Restschuldbefreiung</p> <p><input type="checkbox"/> erteilt wurde am</p> <p style="text-align: center;">_____</p> <p style="text-align: center;">(Datum, Az., Gericht – c) ist nicht auszufüllen)</p> <p><input type="checkbox"/> versagt wurde am</p> <p style="text-align: center;">_____</p> <p style="text-align: center;">(Datum, Az., Gericht – c) ist auszufüllen)</p> <p>c) dass die Versagung der Restschuldbefreiung erfolgte auf Grund</p> <p><input type="checkbox"/> rechtskräftiger Verurteilung in dem Zeitraum zwischen Schlusstermin und Aufhebung des Insolvenzverfahrens oder in dem Zeitraum zwischen Beendigung des Insolvenzverfahrens und dem Ende der Abtreuungsfrist wegen einer Insolvenzstraftat zu einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten (§ 297 InsO).</p> <p><input type="checkbox"/> vorsätzlicher oder grob fahrlässiger Verletzung der Auskunfts- und Mitwirkungspflichten nach der Insolvenzordnung (§ 290 Abs. 1 Nr. 5 InsO).</p>
--	---

	<input type="checkbox"/> vorsätzlich oder grob fahrlässig unrichtiger oder unvollständiger Angaben in der nach § 287 Abs. 1 Satz 3 InsO abzugebenden Erklärung und im Vermögens-, Gläubiger- und Forderungsverzeichnis und der Vermögensübersicht (§ 290 Abs. 1 Nr. 6 InsO). <input type="checkbox"/> Verletzung der Erwerbsobliegenheit ab Beginn der Abtretungsfrist bis zur Beendigung des Insolvenzverfahrens (§ 290 Abs. 1 Nr. 7 InsO). <input type="checkbox"/> einer Obliegenheitsverletzung im Zeitraum zwischen Beendigung des Insolvenzverfahrens und dem Ende der Abtretungsfrist (§ 296 InsO). <input type="checkbox"/> eines erst nach dem Schlusstermin oder nach Einstellung nach Anzeige der Masseunzulänglichkeit bekannt gewordenen Versagungsgrundes nach § 290 Abs. 1 Nr. 5, 6, 7 InsO (§ 297a InsO).
--	--

Verfahrenskosten <small>(Stundung nur möglich bei natürlicher Person und Restschuldbefreiungsantrag)</small>	<input type="checkbox"/> Ich bin bereit und in der Lage einen Vorschuss auf die Verfahrenskosten zu erbringen. <input type="checkbox"/> Ich stelle den Antrag, mir die Kosten des Verfahrens für das Insolvenzverfahren zu stunden. <input type="checkbox"/> Ich bin nicht in den letzten fünf Jahren vor meinem Insolvenzantrag oder danach wegen einer Straftat nach den §§ 283 bis 283 c des Strafgesetzbuches, also wegen Bankrott, besonders schwerem Bankrott, Verletzung der Buchführungspflicht oder Gläubigerbegünstigung rechtskräftig zu einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten verurteilt worden.
---	--

Anlagen	<input type="checkbox"/> Vermögensverzeichnis <input type="checkbox"/> mit Schuldner- und Gläubigerverzeichnis <input type="checkbox"/> Anlage zum Antrag auf Verfahrenskostenstundung (=Erklärung über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse) <input type="checkbox"/> Anlage Abtretungserklärung sonstige: <hr/> <hr/>
---------	--

Auskunfts- und Mitwirkungspflichten	Als Schuldner bin ich verpflichtet, dem Insolvenzgericht über alle das Verfahren betreffenden Verhältnisse vollständig und wahrheitsgemäß Auskunft zu erteilen, insbesondere auch jede Auskunft, die zur Entscheidung über meine Anträge erforderlich ist (§§ 20, 97 InsO). Soweit es für die Zwecke des vorliegenden Verfahrens erforderlich ist, befreie ich alle Personen und Stellen, die aufgrund ihrer amtlichen und beruflichen Stellung über die schuldnerischen Vermögensverhältnisse Auskunft geben
-------------------------------------	--

	können, insbesondere Banken und Sparkassen, sonstige Kreditinstitute, Versicherungsgesellschaften, Sozial- und Finanzbehörden, Sozialversicherungsträger, Rechtsanwälte, Notare, Steuerberater und Wirtschaftsprüfer von ihrer Pflicht zur Verschwiegenheit gegenüber dem Insolvenzgericht oder einem von diesem bestellten Sachverständigen oder vorläufigen Insolvenzverwalter.
--	---

In Kenntnis der Bedeutung einer Versicherung an Eides Statt und der Strafbarkeit der Abgabe einer falschen Versicherung an Eides Statt versichere ich/versichern wird die Richtigkeit und Vollständigkeit unserer Angaben an Eides Statt.

Ort, Datum

Unterschrift

Anlage zum Eröffnungsantrag

Abtretungserklärung nach § 287 Abs. 2 InsO

- Die Anlage ist nur einzureichen, wenn auf dem Hauptblatt Restschuldbefreiung beantragt worden ist -

I. Erläuterungen zur Abtretungs- erklärung	<p>Die nachfolgende Abtretung umfasst alle Bezüge aus einem Dienstverhältnis oder an deren Stelle tretende laufende Bezüge, also:</p> <ul style="list-style-type: none">- jede Art von Arbeitseinkommen, Dienst- und Versorgungsbezüge der Beamten, Arbeits- und Dienstlöhne, Arbeitsentgelt für Strafgefangene,- Ruhegelder und ähnliche fortlaufende Einkünfte, die nach dem Ausscheiden aus dem Dienst- oder Arbeitsverhältnis gewährt werden, sonstige Vergütungen für Dienstleistungen aller Art, die die Erwerbstätigkeit des Zahlungsempfängers vollständig oder zu einem wesentlichen Teil in Anspruch nehmen,- Bezüge, die ein Arbeitnehmer zum Ausgleich für Wettbewerbsbeschränkungen für die Zeit nach Beendigung seines Dienstverhältnisses beanspruchen kann,- Hinterbliebenenbezüge, die wegen des früheren Dienst- oder Arbeitsverhältnisses gezahlt werden, Renten, die auf Grund von Versicherungsverträgen gewährt werden, wenn diese Verträge zur Versorgung des Versicherungsnehmers oder seiner unterhaltsberechtigten Angehörigen geschlossen worden sind,- Renten und sonstige laufende Geldleistungen der Sozialversicherungsträger oder der Bundesagentur für Arbeit im Fall des Ruhestands, der teilweisen oder vollständigen Erwerbsunfähigkeit oder der Arbeitslosigkeit,- alle sonstigen, den genannten Bezügen rechtlich oder wirtschaftlich gleichstehenden Bezüge. <p>Wenn Sie in dem Zeitraum zwischen Beendigung des Insolvenzverfahrens und dem Ende der Abtretungsfrist eine selbständige Tätigkeit ausüben, sind Sie verpflichtet, die Insolvenzgläubiger durch Zahlungen an den gerichtlich bestellten Treuhänder so zu stellen, wie wenn Sie ein angemessenes Dienstverhältnis eingegangen wären (§ 295 Abs. 2 InsO).</p>
II. Abtretungs- erklärung	<p>Für den Fall der gerichtlichen Bestimmung eines Treuhänders (§ 288 Satz 2 InsO) trete ich hiermit meine pfändbaren Forderungen auf Bezüge aus einem Dienstverhältnis oder an deren Stelle tretende laufende Bezüge für die Zeit von sechs Jahren nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens (Abtretungsfrist) an den Treuhänder ab.</p>

Ort, Datum)

(Unterschrift